

SONDERSESSION 2023: EMPFEHLUNGEN NATIONALRAT

An der Sondersession berät der Nationalrat verschiedene Geschäfte, die für die Förderung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen von Bedeutung sind. Gerne bringen wir nachfolgend zu ausgewählten Geschäften die Haltungen und Empfehlungen der Stiftung Pro Juventute zur Kenntnis.

Postulat WBK-N (23.3004): “Schutz vor Zusatzfunktionen in Videospiele (Mikrotransaktionen)”

Traktandiert am 3. Mai



- **Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht dazulegen, welche verschiedenen Arten der Mikrotransaktionen besondere Gefahren für Abhängigkeit und Suchtverhalten bergen. Zudem soll aufgezeigt werden, mit welchen Mitteln der Bund diesen Gefahren gegebenenfalls entgegenwirken kann.**
- **Pro Juventute empfiehlt, der Kommissionsmehrheit zu folgen und dem Postulat zuzustimmen.**

Begründung: Viele beliebte Videospiele werden zunächst kostenlos angeboten, generieren jedoch Geld über sogenannte Mikrotransaktionen («in-App-Käufe»). Diese Mikrotransaktionen zielen durch scheinbar harmlose Kleinbeträge direkt auf Kinder und Jugendliche ab. So können aus ein paar Klicks schnell mehrere hundert Franken Schulden werden. Erreicht wird das damit, dass Währungen im Spiel verschleiert sind, es keinen Überblick über die Kosten gibt und immer wieder Spielregeln oder Mechanismen abgeändert werden. Kinder erzählen uns, dass sie oft jeweils gar nicht wissen, wie viel Geld genau sie für ein Spiel ausgegeben haben.

Dabei wird auch mit psychologischen Tricks gearbeitet, um die (junge) Kundschaft zum Zahlen zu bewegen: So sind etwa in vielen solcher Spiele künstliche Barrieren eingebaut (z.B. Wartezeiten oder fast unüberwindbare Schwierigkeiten), welche die Wahrscheinlichkeit, Geld auszugeben, stark erhöhen. Gekauft werden aber oft auch Gegenstände im Spiel, um sich Vorteile gegenüber anderen (nicht zahlenden) Spielerinnen und Spielern zu schaffen (sog. «pay to win»). Für die Gaming-Industrie lohnt sich dies, werden doch inzwischen rund 80% des Branchen-Umsatzes mit «Gratis»-Spielen erworben.

Zwar sind die Erziehungsberechtigten mit in der Verantwortung, ihre Kinder und Jugendlichen zu schützen. Doch damit sie diese Verantwortungen wahrnehmen können, sind sie zwingend darauf angewiesen, dass auf Mikrotransaktionen hingewiesen wird. Vor diesem Hintergrund begrüsst Pro Juventute die Vertiefung der Problematik der Mikrotransaktionen im Nachgang an die Beratung des Jugendmedienschutzgesetzes ([20.069](#)) sehr.

Für Ihre Aufmerksamkeit und die Unterstützung unserer Anliegen zugunsten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz danken wir Ihnen bestens. Für Fragen und Gespräche stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung (Lulzana Musliu, +41 44 256 77 40 oder lulzana.musliu@projuventute.ch).

